

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 Mk. 50 Pf., aber monatlich 1 Mk. 50 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unregelmäßigen Vorkäufen und bei Abnahme der Sonntags- und Feiertagsblätter für den folgenden Tag.

Alle Abnehmer erhalten — ohne jede weitere Kostenpflicht — einen kostenlosen Probebogen des Blattes bei der Bestellung, der die Bedingungen des Abnahmevertrages enthält. — Bei der Bestellung können auch die Bedingungen des Abnahmevertrages für den Fall der Kündigung oder der Einstellung des Abnahmevertrages mitgegeben werden.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Lohndorf, Hundshäbel, Neudorf, Oberhainichen, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterhainichen, Wildenthal usw.

Abzugspreis: die halbspaltige Zeile 25 Pf. Im Restamtteil die Zeile 50 Pf. Im anderen Teile die halbspaltige Zeile 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch den Anzeiger angegebenen Angaben.

Verlagsnummer Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Druck und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

68. Jahrgang.

Nr. 294.

Sonnabend, den 20. Dezember

1919.

Die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 betr.

Gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. September 1919 (R. G. Bl. S. 1567) wird im Einverständnis mit dem Reichsminister der Finanzen bestimmt, daß in Sachsen als Friedens-einkommen im Sinne des § 4 Abs. 1 des genannten Gesetzes das Jahreseinkommen gilt, mit dem der Abgabepflichtige bei der allgemeinen landesgesetzlichen Jahresveranlagung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1914 veranlagt worden ist.

Dies am 16. Dezember 1919.

1175 a Steuerreg. C

19751

Finanzministerium.

Nr. 11751.

Seizungsverbot für Säle und Theater.

In letzter Zeit ist wiederholt wahrgenommen worden, daß die Bekanntmachung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 7. Januar 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 4), betr. Seizungsverbot für Säle und Theater, nicht allenthalben streng befolgt wird. Sie wird deshalb auszusweise erneut bekanntgegeben:

I. Verboten ist das Behelzen

1. von Theatern jeder Art, einschließlich der Kinematographentheater und von Zirkusgebäuden,
2. von Sälen und Räumen für den Gebrauch als Konzert- und Vortragssäle, für die Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art, einschließlich der Familienfestlichkeiten und Tanzstunden,
3. von Sälen.

II. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft, wer dem Verbote zuwiderhandelt.

Die Polizeibehörden sind auf Veranlassung der Ministerien angewiesen worden, die Durchführung des Seizungsverbot strengstens zu überwachen und jeden Verstoß dagegen unmissverständlich zur Bestrafung anzuzeigen.

Schwarzenberg, am 16. Dezember 1919.

Der Bezirksverband (Kostenvorsorgungsbezirk) der Amtshauptmannschaft.

Fleischverteilung.

In der laufenden Woche kommen auf Reichsfleischmärkten zur Verteilung:

- In den Schlachtabzirkeln Aue, Eibenstock, Schönheide, Lauter, Raschau und Johanngeorgenstadt:
- 110 g Gefrierfleisch, 30 g Würstkonserven und 30 g Rumpfspeisefett,
 - in den Schlachtabzirkeln Schneeberg und Schwarzenberg:
 - 140 g Gefrierfleisch und Wurst und 30 g Rumpfspeisefett.

Personen unter 6 Jahren erhalten die Hälfte.

Der Preis für 1 Pfund Gefrierfleisch beträgt 3,30 Mk., für 1 Pfund Wurst 3 Mk., für 110 g Gefrierfleisch 1,02 Mk., für 30 g Würstkonserven 0,29 Mk., für 30 g Rumpfspeisefett 0,42 Mk.

Schwarzenberg, am 18. Dezember 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Völker-Diktatur.

Es wird der Welt nicht so bald in allen internen Einzelheiten mitgeteilt werden, was durch die Reise des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau nach London und in den Besprechungen mit seinem englischen Kollegen Lloyd George erzielt worden ist, aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Wilsons ursprüngliche Idee von allgemeiner Völker-Verständigung endgültig zu den Taten geworden ist. Auch wenn der Völkerbund noch kommt, das Mitbestimmungsrecht seiner Glieder ist heute schon ausgeschaltet, dafür tritt eine Völker-Diktatur in Kraft, die von den Regierungen in Paris und London in erster Reihe ausgeübt wird. Vielleicht birgt man auch Italien einen Sitz im hohen Rate der Zukunft an, vielleicht hört man „achtungsvoll“ auf die Worte Amerikas, aber die eigentliche Gewalt wird an der Seine und an der Themse in den Händen derjenigen Männer liegen, welche durch überlegene Energie ihrem Willen Respekt zu verschaffen wissen. Das haben Clemenceau und Lloyd George erreicht.

Das Selbstbestimmungsrecht der Entente-Völker hat seit dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Deutschland nur noch auf dem Papier gestanden. Die Stimmen, die sich zugunsten eines Rechtsfriedens zu melden begannen, sind vielfach unterdrückt worden. In Frankreich galt der Wille des leitenden Staatsmannes so unbedingt, daß das Volk seine Politik billigte, ohne sich um die letzten Gründe dafür zu kümmern. Die Franzosen waren froh, daß der Krieg vorbei war. Und in England war es nicht viel anders, die Kritik Lloyd Georges, die einsetzte, wurde bald wieder ab, gerade so wie die große Ar-

beiterbewegung. In Italien hat die sozialistische Agitation Erfolge davon getragen, aber sie sind nicht bedeutend genug, um einschneidende Veränderungen herbeizuführen. Und schließlich werden die Italiener zufrieden sein, wenn die Geschäftspolitik ihrer Regierung neue Erfolge erzielt. Die kleineren Ententestaten, wie Belgien, Rumänien, Polen, Tschechien, Griechenland und Serbien, müssen, zunächst wenigstens, tanzen, wie in Paris aufgespielt wird.

Die Politik des Präsidenten Wilson ist in den letzten Monaten, besonders seit seiner Erkränkung, ziemlich scharf mitgenommen, aber diese Angriffe gelten eigentlich mehr der Person Wilsons, als der Sache. Im Grunde genommen wollen Wilson und seine Gegner daselbe, nämlich einen herrschenden Weltfrieden der Vereinigten Staaten. Wilson wollte dies Ziel durch den Völkerbund und durch das amerikanisch-englisch-französische Bündnis erreichen, während seine Gegner meinen, daß sich die Verwirklichung dieses Planes viel leichter und vor allem gewinnbringender dadurch herbeiführen läßt, daß man Europa seine Hände selbst austragen läßt, daß aber den gewaltigen Reichtum Amerikas an Geld, Lebensmitteln und Industriewerten in die Waagschale wirft. Mit anderen und kurzen Worten: Wilson wollte selbst Betrachter spielen, während seine Gegner diese Rolle dem Dollar zuweisen. Denn Europa muß zu Amerika kommen.

Was für Deutschland bei alledem übrig bleiben wird, ist weder neu, noch unklar. Das Leitmotiv bleibt Clemenceaus Wort „Der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Wir sollen niedergehalten werden, um Frankreich nicht politisch, und England nicht wirtschaftlich gefährdet werden zu können. Was wir haben müssen, können

wir nur durch eigene Anstrengungen und gute Bezahlung gewinnen, was wir vom Völkerbund erlangen werden, wird stets unter dem Willen der Völker-Diktatoren stehen und daher zum Sterben zu viel, zum frohen Leben zu wenig sein. Daß die Entente weiß, was sie will, haben wir gesehen. Niemand muß wir uns endlich klar werden, was wir praktisch verwirklichen können. Solchen Illusionen, wie sie neulich laut wurden, daß Clemenceau nach London gereist sei, um Englands Hilfe für die französischen Finanz-, Kohlen- und Lebensmittelversorgung zu erbitten, dürfen wir uns nicht hingeben. So schnell bringt die Entente ihr Kompagnie-Geschäft nicht in Gefahr. Wm

Ein Anleihestandal?

Unredlichkeiten bei der Propaganda der Sparprämien-Anleihe.

Das Ergebnis der Sparprämienanleihe ist sehr mäßig, darüber sollte man sich nicht hinwegtäuschen. Bei der Besprechung dieses Ergebnisses wurde von der rechtsstehenden Presse angedeutet, daß es bei der Propaganda der Anleihe nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sei. Klar ausgesprochen wurde dies vom Zentralorgan der größten Regierungspartei, dem „Vorwärts“. Ueber zehn Millionen Mark seien für Propagandazwecke ausgegeben worden. „Dabei ist mit den Druckaufträgen nur ein ganz kleiner Kreis von Druckereien beglückt worden, die angesichts der bedenkenlosen Annahme höchster Preisforderungen Riesengewinne einstecken konnten. Die tollsten Preisforderungen sind glatt bewilligt worden. In einzelnen Fällen ist nahezu das Doppelte für Druckarbeiten bezahlt worden, als im christlichen Druckgewerbe ab-